

«Russland spricht uns die Neutralität ab»

Soll Bundesbern die Lieferung von Schweizer Kriegsmaterial an die Ukraine zulassen? Ostschweizer Parlamentsmitglieder äussern sich.

Adrian Vögele

Deutschland und weitere Staaten verstärken ihre Waffenlieferungen für die Ukraine und schicken nun auch schwere Kampfpanzer zur Verteidigung gegen die russischen Angreifer. Die Schweiz hingegen hat bisher die Anfragen von Drittstaaten für die Weitergabe von Schweizer Waffen und Munition an Kiew stets abgelehnt – und hielt damit an den sogenannten Nichtwiederausfuhr-Erklärungen fest.

Doch jetzt laufen in Bern die Drähte heiss. Eine Wende in der umstrittenen Waffenfrage zeichnet sich ab – sofern sich das Parlament denn auf ein Vorgehen einigen kann. Gleich mehrere Vorstösse liegen auf dem Tisch. Die Mitte fordert, dass die Weitergabe der in der Schweiz hergestellten Waffen möglich wird, «wenn feststeht, dass die Wiederausfuhr des Kriegsmaterials an die Ukraine im Zusammenhang mit dem russisch-ukrainischen Krieg erfolgt». Die SP fasst sich etwas allgemeiner und verlangt, dass die Schweiz die Wiederausfuhr von Waffen erlauben darf, wenn es darum geht, auf einen völkerrechtswidrigen Angriff zu reagieren und die UNO die Verletzung des Völkerrechts in einer Resolution festgehalten hat. Die Sicherheitspolitische Kommission (SIK) des Nationalrats hat beiden Vorstössen zugestimmt.

Salzmann und der Ärger in der SVP

Eine weitere Motion, die FDP-Präsident Thierry Burkart schon im Sommer eingereicht hat, sieht vor, dass die Schweiz ihre Praxis bei Waffenexporten generell lockert: Jenen Staaten, die den Werten der Schweiz verpflichtet sind und selber ein Exportkontrollregime haben, soll die Wiederausfuhr von Waffen nicht mehr untersagt werden. Wie unsere Zeitung am Mittwoch berichtete, hat dieser Vorstoss auch einen prominenten Unterstützer aus der SVP: Werner Salzmann, Präsident der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerats. Für Salzmann und Burkart geht es nicht zuletzt um den Erhalt der hiesigen Rüstungsindustrie, die für die Schweizer Armee entscheidend sei.



Armeetransport im Thurgau im Jahr 2019, im Vordergrund ein Leopard-Panzer. Im Parlament wird wegen des Ukraine-Kriegs die Idee diskutiert, stillgelegte Leopard-Panzer zu verkaufen, etwa an Deutschland. Bild: Reto Martin

Das kommt allerdings bei Ostschweizer SVP-Parlamentariern schlecht an. Der Ausserrhoder Nationalrat David Zuberbühler sagt: «Wer Waffenlieferungen in ein Land, welches in einen bewaffneten Konflikt verwickelt ist, zulässt, gibt die Neutralität der Schweiz auf. Politiker, die solch fiese Umgehungen mittragen, bringen unser Land in erhöhte Gefahr.» Insbesondere die parlamentarische Initiative der Mitte wolle explizit eine der Kriegsparteien bevorzugen, «was im völligen Widerspruch zum Kern des Neutralitätsrechts steht». Die Schweiz werde seit langem weltweit für ihre Vermittlerrolle geachtet. «Das darf nicht gefährdet werden.» Auch von der Argumentation seines Parteikollegen Salzmann hält Zuberbühler nichts, wie er mit Nachdruck betont.

Roland Rino Büchel (SVP/SG) zeigt sich ebenfalls verärgert. «Salzmanns Vorgehen war mit uns nicht abgesprochen.» Die Schweiz sei an geltende Verträge gebunden, die eine Wie-

derausfuhr der Waffen verbieten würden.

Würth: Gleichbehandlung hat sich erledigt

Ostschweizer Parlamentsmitglieder aus anderen Parteien widersprechen. Ständerat Benedikt Würth (Die Mitte/SG) sagt, die Neutralität nütze der Schweiz nur, wenn sie international anerkannt und respektiert werde. «Russland spricht der Schweiz offiziell die Neutralität ab. Darum verliert im konkreten Fall des Ukraine-Kriegs das Gleichbehandlungsgebot an Bedeutung.» Darum begrüsse er die Vorstösse der SIK des Nationalrats.

Thomas Rechsteiner (Die Mitte/AL) hält fest, die Vorstösse von Mitte und SP sähen nur eine leichte Lockerung bei den Nichtwiederausfuhr-Erklärungen vor. Eine generelle Öffnung des Kriegsmaterialgesetzes – darauf läuft die Motion Burkart hinaus – lehnt Rechsteiner ab. Schliesslich habe das Parlament das Gesetz erst im Jahr 2021 verschärft. «Die wichtigste Aufga-

be der Schweiz ist und bleibt, Friedensverhandlungen auf neutralem Terrain anzubieten und durchzuführen.»

Graf-Litscher: «Eng gefasste Ausnahme»

Aus Sicht der Grünliberalen ist es überfällig, dass die Schweiz Hand bietet für Waffenlieferungen an die Ukraine. «Besser spät als nie», sagt Thomas Brunner (GLP/SG) zu den aktuellen Beschlüssen der Sicherheitskommission. Der russische «Staatsterror» missachte das Völkerrecht und richte sich gezielt gegen die ukrainische Zivilbevölkerung. «Da wäre es unverstänlich und widersinnig, wenn wir unsere eigenen Nachbarn und Sicherheitspartner behindern bei ihrer Hilfeleistung an die Angriffsoffer.»

Dass sich im Parlament nun eine Wende abzeichnet, liegt nicht zuletzt an der SP: Viele in der Partei können sich eine Weitergabe von Schweizer Waffen an die Ukraine mittlerweile vorstellen. Edith Graf-Litscher (SP/TG) sagt, sie stehe hinter dem SP-

Vorschlag, «weil er eine äusserst eng gefasste Ausnahme definiert, die sich auf das Völkerrecht stützt und faktisch nur auf ganz wenige bewaffnete Konflikte anwendbar ist, darunter den Ukraine-Krieg». Auch Claudia Friedl (SP/SG) hält dies zumindest für prüfenswert. Die SP hat ihre Motion auch eingereicht, um die generelle Öffnung des Kriegsmaterialgesetzes, wie es die FDP vorschlägt, zu verhindern.

Bei der FDP wiederum kommen die Ideen von SP und Mitte nicht gut an. Ständerat Andrea Caroni sagt, der Vorstoss der Mitte verletze das Neutralitätsrecht klar. Auch die SP-Motion bringe wenig. «Wenn der UNO-Sicherheitsrat eingreift, dürfen wir schon heute Waffenlieferungen freigeben, nur ist der Sicherheitsrat oft blockiert. Ein Beschluss der Generalversammlung wiederum genügt neutralitätsrechtlich nicht.» Darum liege die Lösung in Burkarts Motion. Damit verzichte die Schweiz ausserhalb eines Konflikts auf unnötige Wiederausfuhrbeschränkungen, die vom

Neutralitätsrecht gar nicht gefordert seien. «Hernach betreffen Weiterlieferungen die Schweiz und ihre Neutralität schlicht nicht mehr.»

Stillgelegte Panzer für andere Staaten?

Aufgetaucht ist in den letzten Tagen auch ein Vorschlag aus den Reihen der FDP, die Schweiz könnte einen Teil ihrer eigenen Leopard-2-Panzer, die momentan eingemottet sind, ins Ausland verkaufen – an Länder, die ihrerseits Panzer an die Ukraine geliefert haben und darum Lücken im eigenen Arsenal haben.

Caroni ist offen für solche Verkäufe, «unter den Bedingungen, dass die Schweizer Armee die Panzer selber definitiv nicht mehr braucht und dass es keine neutralitätsrechtlich kritische indirekte Lieferung an eine Kriegspartei ist». Würth winkt ab: «Eine faktische Waffenlieferung aus Schweizer Armeebeständen geht für mich neutralitätspolitisch nicht.» Zuberbühler ist ebenfalls strikt dagegen – nicht nur wegen der Neutralität: «Die grundlegendste Erkenntnis im Zusammenhang mit dem brutalen Ukraine-Krieg ist die, dass Kriege nicht ausschliesslich im Cyberraum geführt, sondern letztlich immer auch am Boden ausgetragen werden.» Die Schweiz müsse darum die 96 stillgelegten Panzer zwingend behalten und zeitnah modernisieren.

Und die Grünen? Ihnen kann die ganze Diskussion gestohlen bleiben. Der Thurgauer Nationalrat Kurt Egger sagt: «Ich bin sowohl gegen die Weitergabe von Schweizer Kriegsmaterial aus Drittstaaten an die Ukraine als auch gegen die Lieferung von Schweizer Panzern aus der Reserve ins Ausland.» Viel eher stehe die Schweiz in der Verantwortung, dem Krieg das Geld zu entziehen. «Ein wesentlicher Teil des russischen Rohstoffhandels läuft über die Schweiz.» Auch beim Aufspüren russischer Oligarchengelder gehe es nicht vorwärts. «Ebenso müsste die Schweiz ihre humanitäre Hilfe aufstocken und damit Europa beweisen, dass wir unseren Teil der Solidarität leisten. Diese Haltung würde auch von den EU-Staaten verstanden.» Dies betont auch SP-Politikerin Claudia Friedl: Humanitäre Hilfe für die Ukraine habe derzeit höchste Priorität.

Die grosse «Tagblatt»-Wahlumfrage läuft – machen Sie mit!

Vincenz, Ryser, Gysi oder Friedli: Wer soll den freien St. Galler Ständeratssitz erobern? Nehmen Sie jetzt an unserer Onlineumfrage teil.

Die St. Gallerinnen und St. Galler sind in ein langes Wahljahr gestartet. Zuerst steht die Ständeratsersatzwahl bevor. Die Nationalrätinnen Esther Friedli (SVP), Barbara Gysi (SP), Franziska Ryser (Grüne) und Susanne Vincenz-Stauffacher (FDP) kämpfen um den freien Sitz – der erste Wahlgang findet am 12. März statt, der allfällige zweite am 30. April.

Wenn diese Personalie geklärt ist, geht es nahtlos weiter mit dem Wahlkampf für die eidgenössischen Wahlen im Herbst (Nationalrat und Ständerat).

Wer hat gute Chancen, wer muss mit Verlusten rechnen? Welche Präferenzen haben unsere Leserinnen und Leser bei den Kandidierenden und Parteien? Um das herauszu-

finden, haben wir in Zusammenarbeit mit dem Forschungsinstitut Sotomo eine Onlineumfrage lanciert. Über Ihre Teilnahme würden wir uns freuen! Um zum Fragebogen zu gelangen, scannen Sie einfach den QR-Code – oder geben Sie direkt die



Website ein: go.tagblatt.ch/wahlumfrage23. Nebst den Wahlen interessiert uns auch Ihre Meinung zu einigen politischen Sachthemen im Kanton St. Gallen.

Podium am Dienstag im Pfalz Keller

Wer bei der bevorstehenden Ständeratsersatzwahl noch unentschieden ist, hat am kom-

menden Dienstag, 7. Februar, die Möglichkeit, die vier Kandidatinnen live zu erleben – am «Tagblatt»-Podium im Pfalz Keller in der Stadt St. Gallen. Susanne Vincenz, Franziska Ryser, Barbara Gysi und Esther Friedli stellen sich kritischen Fragen und sagen, warum sie die Nachfolge von Paul Rechsteiner im Ständerat antreten wollen. Moderiert wird das Gespräch

von «Tagblatt»-Chefredaktor Stefan Schmid und dem stellvertretenden Chefredaktor Jürg Ackermann.

Die Veranstaltung startet um 18.30 Uhr mit Gratisbratwurst, Bülri und Getränk für alle Besucherinnen und Besucher, das Podium beginnt um 19.30 Uhr. Der Anlass ist öffentlich, eine Anmeldung ist nicht nötig. (red.)